

Liechtensteinisches Landesgesetzblatt

Jahrgang 2003

Nr. 40

ausgegeben am 30. Januar 2003

Notenaustausch zwischen der Schweiz und Liechtenstein betreffend die Zusammenarbeit der schweizerischen und der liechtensteinischen Behörden im Bereich der Zivilluftfahrt

Abgeschlossen durch Notenaustausch vom 27. Januar 2003
Zustimmung des Landtags: 21. Juni 2002
Inkrafttreten: 27. Januar 2003

An die
Botschaft des
Fürstentums Liechtenstein
Bern

Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten beehrt sich, der Botschaft des Fürstentums Liechtenstein die folgende Angelegenheit zu unterbreiten:

Aufgrund der Zugehörigkeit des Fürstentums Liechtenstein zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und aufgrund des für das Fürstentum Liechtenstein ab dem 1. Januar 2002 geltenden EWR-Rechts im Bereich Zivilluftfahrt, insbesondere Anhang XIII, Kap. VI, Ziff. ii) bis vi) des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, und der damit einhergehenden Notwendigkeit eines eigenen Luftfahrtrechts in Liechtenstein, schlägt der Schweizerische Bundesrat - unter Bezugnahme auf die in dieser Angelegenheit geführten Gespräche - der Regierung des Fürstentums Liechtenstein vor, dass der Notenwechsel vom 25. Januar 1950 zwischen der Schweiz und Liechtenstein betreffend die Ausübung der Aufsicht über die Luftfahrt in Liechtenstein durch schweizerische Behörden aufgehoben und durch den nachstehenden Notenaustausch ersetzt wird:

I.

Die Regierung des Fürstentums Liechtenstein erklärt sich damit einverstanden, dass die Anwendung der schweizerischen Luftfahrtgesetzgebung im Gebiete des Fürstentums Liechtenstein durch die zuständigen schweizerischen Behörden erfolgt, soweit nicht aufgrund der Zugehörigkeit des Fürstentums Liechtenstein zum Europäischen Wirtschaftsraum EWR-Recht gilt und daraus verbindlich eine liechtensteinische Zuständigkeit erwächst.

Die mit dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung im Fürstentum Liechtenstein anwendbaren schweizerischen Erlasse sind in Anlage I, die in Liechtenstein anwendbaren Staatsverträge in Anlage II angeführt. Ergänzungen und Änderungen der Anlagen werden dem Fürstentum Liechtenstein analog zum üblichen Verfahren im Rahmen der Bereinigung der Anlagen zum Vertrag vom 29. März 1923 über den Anschluss des Fürstentums Liechtenstein an das schweizerische Zollgebiet mitgeteilt, nachdem über deren Aufnahme in die Anlagen (ebenfalls im Rahmen des üblichen Bereinigungsverfahrens zu den Anlagen) Einvernehmen erzielt worden ist. Die Regierung des Fürstentums Liechtenstein sorgt ihrerseits für die Kundmachung im Landesgesetzblatt. Die Anlagen bilden Bestandteil dieser Vereinbarung.

Die gemäss anwendbarem schweizerischen Recht einer eidgenössischen Behörde vorbehaltenen Aufgaben bestehen vor allem in:

1. der technischen Begutachtung von Flugplatzprojekten und dem Erlass von Vorschriften für die Bodenorganisation;
2. der Eintragung liechtensteinischer Luftfahrzeuge in das beim schweizerischen Bundesamt für Zivilluftfahrt geführte liechtensteinische Luftfahrzeugregister und in das schweizerische Luftfahrzeugbuch;
3. der technischen Kontrolle und der Bescheinigung der Lufttüchtigkeit liechtensteinischer Luftfahrzeuge und Luftfahrzeugzubehörs;
4. der flugpolizeilichen Überwachung des liechtensteinischen Flugwesens in Verbindung mit den örtlichen Organen der Flugpolizei;
5. der Anordnung administrativer, flugpolizeilicher Massnahmen;
6. der Anzeige strafrechtlich zu verfolgender Verstösse gegen Vorschriften der Flugpolizei an die liechtensteinischen Strafbehörden, wobei für das Verfahren die Bestimmungen in den Art. 27-32 des schweizerisch-liechtensteinischen Zollanschlussvertrags vom 29. März 1923 zu beachten sind;
7. der administrativen Untersuchung und der technischen Auswertung von Flugunfällen und Störungen.

II.

Für eine möglichst klare Abgrenzung der gegenseitigen Rechte und Pflichten, die sich aus der Anwendung der schweizerischen Luftfahrtgesetzgebung im Gebiete des Fürstentums Liechtenstein für die zuständigen liechtensteinischen und eidgenössischen Behörden ergeben, ist Folgendes vereinbart worden:

1. Soweit die schweizerische Luftfahrtgesetzgebung eine Verleihung von Hoheitsrechten vorsieht (Konzession für die gewerbmässige Beförderung durch regelmässige Luftverkehrslinien, Konzession für Anlage und Betrieb von dem öffentlichen Verkehr dienenden Flugplätzen), ist die Regierung des Fürstentums Liechtenstein endgültige Verleihungsbehörde. Die Regierung des Fürstentums Liechtenstein wird sich indessen mit der eidgenössischen Verleihungsbehörde in Verbindung setzen und von einer Konzessionserteilung Abstand nehmen, wenn die Voraussetzungen zur Konzessionierung von der eidgenössischen Verleihungsbehörde als nicht gegeben bezeichnet werden. Die mögliche wirtschaftliche Beeinträchtigung schweizerischer Flugplatz- oder Luftverkehrsunternehmungen gibt der eidgenössischen Verleihungsbehörde keinen Anlass, die Konzessionserteilung nicht zu empfehlen.
2. Die zuständigen eidgenössischen Behörden sind dagegen befugt, in allen denjenigen Fällen, in welchen die schweizerische Luftfahrtgesetzgebung die Erteilung von Polizeibewilligungen oder die Abgabe von Ausweisen vorsieht, mit den liechtensteinischen Bewerbern direkt zu verkehren und ihnen Bewilligungen zu erteilen oder Ausweise auszustellen. In allen Fragen, die das öffentliche Interesse berühren (z. B. Bewilligung von Privatflugplätzen, Bewilligung von Flugtagen und dgl.), wird die Bewilligung nur erteilt oder verlängert oder ein Ausweis ausgestellt, wenn die zuständigen liechtensteinischen Behörden ihre Zustimmung erteilt haben. Über das konkrete jeweilige Vorgehen setzen sich die zuständigen Behörden ins Einvernehmen.
3. Wo die schweizerische Luftfahrtgesetzgebung richterliche Verfügungen oder eine Beurteilung durch Strafgerichte vorsieht, gelten für das Verfahren die in den Art. 27-32 des schweizerisch-liechtensteinischen Zollanschlussvertrags enthaltenen Bestimmungen.
4. Die liechtensteinischen Luftfahrzeuge werden in das beim schweizerischen Bundesamt für Zivilluftfahrt geführte liechtensteinische Luftfahrzeugregister aufgenommen und tragen schweizerische Immatrikulationszeichen. Sie werden jedoch nach den jeweiligen geltenden Vorschriften des schweizerischen Bundesamtes für Zivilluftfahrt mit dem liechtensteinischen Wappen versehen.

5. Wo die schweizerische Luftfahrtgesetzgebung den Abschluss von Haftpflichtversicherungen bei einer in der Schweiz für diesen Geschäftszweig zugelassenen Versicherungsunternehmung vorschreibt, gilt diese Bedingung auch für die Anwendung der schweizerischen Luftfahrtgesetzgebung im Fürstentum Liechtenstein.
6. Die zuständigen eidgenössischen Behörden sind ermächtigt, in allen Fragen der Anwendung der schweizerischen Luftfahrtgesetzgebung direkt mit der fürstlichen Regierung oder für polizeiliche Angelegenheiten von untergeordneter Bedeutung direkt mit der Landespolizei des Fürstentums Liechtenstein zu verkehren.

III.

Die Schweiz führt im Auftrag des Fürstentums Liechtenstein Verwaltungsaufgaben durch, die sich aus der Teilnahme des Fürstentums Liechtenstein am Europäischen Wirtschaftsraum ergeben. Die Einzelheiten werden in entsprechenden Verwaltungsvereinbarungen zwischen den zuständigen schweizerischen und liechtensteinischen Behörden geregelt.

IV.

Der Notenaustausch zwischen der Schweiz und Liechtenstein zur Regelung des Überfluges liechtensteinischen Gebietes durch Militär- und andere Staatsluftfahrzeuge vom 1./9. Mai 2000 bleibt ungeachtet des Ausserkrafttretens des Notenaustausches vom 25. Januar 1950 weiterhin in Kraft.

Falls die Regierung des Fürstentums Liechtenstein dem Vorstehenden zustimmt, bilden die vorliegende Note sowie die Antwortnote des Fürstentums Liechtenstein eine Vereinbarung zwischen der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein, welche mit der Antwortnote des Fürstentums Liechtenstein in Kraft tritt. Änderungen können im gegenseitigen Einverständnis jederzeit vereinbart werden.

Sie kann von jeder Vertragspartei jederzeit auf ein Jahr gekündigt werden.

Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten benützt auch diesen Anlass, um die Botschaft des Fürstentums Liechtenstein seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern.

Bern, den 27. Januar 2003

An das
Eidgenössische Departement
für auswärtige Angelegenheiten
Bern

Die Botschaft des Fürstentums Liechtenstein entbietet dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten seine Hochachtung und beehrt sich, dem Departement den Empfang seiner Note vom 27. Januar 2003 zu bestätigen, welche wie folgt lautet:

"Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten beehrt sich, der Botschaft des Fürstentums Liechtenstein die folgende Angelegenheit zu unterbreiten:

Aufgrund der Zugehörigkeit des Fürstentums Liechtenstein zum Europäischen Wirtschaftsraum (EWR) und aufgrund des für das Fürstentum Liechtenstein ab dem 1. Januar 2002 geltenden EWR-Rechts im Bereich Zivilluftfahrt, insbesondere Anhang XIII, Kap. VI, Ziff. ii) bis vi) des Abkommens über den Europäischen Wirtschaftsraum, und der damit einhergehenden Notwendigkeit eines eigenen Luftfahrtrechts in Liechtenstein, schlägt der Schweizerische Bundesrat - unter Bezugnahme auf die in dieser Angelegenheit geführten Gespräche - der Regierung des Fürstentums Liechtenstein vor, dass der Notenwechsel vom 25. Januar 1950 zwischen der Schweiz und Liechtenstein betreffend die Ausübung der Aufsicht über die Luftfahrt in Liechtenstein durch schweizerische Behörden aufgehoben und durch den nachstehenden Notenaustausch ersetzt wird:

I.

Die Regierung des Fürstentums Liechtenstein erklärt sich damit einverstanden, dass die Anwendung der schweizerischen Luftfahrtgesetzgebung im Gebiete des Fürstentums Liechtenstein durch die zuständigen schweizerischen Behörden erfolgt, soweit nicht aufgrund der Zugehörigkeit des Fürstentums Liechtenstein zum Europäischen Wirtschaftsraum EWR-Recht gilt und daraus verbindlich eine liechtensteinische Zuständigkeit erwächst.

Die mit dem Inkrafttreten dieser Vereinbarung im Fürstentum Liechtenstein anwendbaren schweizerischen Erlasse sind in Anlage I, die in Liechtenstein anwendbaren Staatsverträge in Anlage II angeführt. Ergänzungen und Änderungen der Anlagen werden dem Fürstentum Liechtenstein

analog zum üblichen Verfahren im Rahmen der Bereinigung der Anlagen zum Vertrag vom 29. März 1923 über den Anschluss des Fürstentums Liechtenstein an das schweizerische Zollgebiet mitgeteilt, nachdem über deren Aufnahme in die Anlagen (ebenfalls im Rahmen des üblichen Bereinigungsverfahrens zu den Anlagen) Einvernehmen erzielt worden ist. Die Regierung des Fürstentums Liechtenstein sorgt ihrerseits für die Kundmachung im Landesgesetzblatt. Die Anlagen bilden Bestandteil dieser Vereinbarung.

Die gemäss anwendbarem schweizerischen Recht einer eidgenössischen Behörde vorbehaltenen Aufgaben bestehen vor allem in:

1. der technischen Begutachtung von Flugplatzprojekten und dem Erlass von Vorschriften für die Bodenorganisation;
2. der Eintragung liechtensteinischer Luftfahrzeuge in das beim schweizerischen Bundesamt für Zivilluftfahrt geführte liechtensteinische Luftfahrzeugregister und in das schweizerische Luftfahrzeugbuch;
3. der technischen Kontrolle und der Bescheinigung der Lufttüchtigkeit liechtensteinischer Luftfahrzeuge und Luftfahrzeugzubehörs;
4. der flugpolizeilichen Überwachung des liechtensteinischen Flugwesens in Verbindung mit den örtlichen Organen der Flugpolizei;
5. der Anordnung administrativer, flugpolizeilicher Massnahmen;
6. der Anzeige strafrechtlich zu verfolgender Verstösse gegen Vorschriften der Flugpolizei an die liechtensteinischen Strafbehörden, wobei für das Verfahren die Bestimmungen in den Art. 27-32 des schweizerisch-liechtensteinischen Zollanschlussvertrags vom 29. März 1923 zu beachten sind;
7. der administrativen Untersuchung und der technischen Auswertung von Flugunfällen und Störungen.

II.

Für eine möglichst klare Abgrenzung der gegenseitigen Rechte und Pflichten, die sich aus der Anwendung der schweizerischen Luftfahrtgesetzgebung im Gebiete des Fürstentums Liechtenstein für die zuständigen liechtensteinischen und eidgenössischen Behörden ergeben, ist Folgendes vereinbart worden:

1. Soweit die schweizerische Luftfahrtgesetzgebung eine Verleihung von Hoheitsrechten vorsieht (Konzession für die gewerbsmässige Beförderung durch regelmässige Luftverkehrslinien, Konzession für Anlage und Betrieb von dem öffentlichen Verkehr dienenden Flugplätzen),

ist die Regierung des Fürstentums Liechtenstein endgültige Verleihungsbehörde. Die Regierung des Fürstentums Liechtenstein wird sich indessen mit der eidgenössischen Verleihungsbehörde in Verbindung setzen und von einer Konzessionserteilung Abstand nehmen, wenn die Voraussetzungen zur Konzessionierung von der eidgenössischen Verleihungsbehörde als nicht gegeben bezeichnet werden. Die mögliche wirtschaftliche Beeinträchtigung schweizerischer Flugplatz- oder Luftverkehrsunternehmungen gibt der eidgenössischen Verleihungsbehörde keinen Anlass, die Konzessionserteilung nicht zu empfehlen.

2. Die zuständigen eidgenössischen Behörden sind dagegen befugt, in allen denjenigen Fällen, in welchen die schweizerische Luftfahrtgesetzgebung die Erteilung von Polizeibewilligungen oder die Abgabe von Ausweisen vorsieht, mit den liechtensteinischen Bewerbern direkt zu verkehren und ihnen Bewilligungen zu erteilen oder Ausweise auszustellen. In allen Fragen, die das öffentliche Interesse berühren (z. B. Bewilligung von Privatflugplätzen, Bewilligung von Flugtagen und dgl.), wird die Bewilligung nur erteilt oder verlängert oder ein Ausweis ausgestellt, wenn die zuständigen liechtensteinischen Behörden ihre Zustimmung erteilt haben. Über das konkrete jeweilige Vorgehen setzen sich die zuständigen Behörden ins Einvernehmen.
3. Wo die schweizerische Luftfahrtgesetzgebung richterliche Verfügungen oder eine Beurteilung durch Strafgerichte vorsieht, gelten für das Verfahren die in den Art. 27-32 des schweizerisch-liechtensteinischen Zollanschlussvertrags enthaltenen Bestimmungen.
4. Die liechtensteinischen Luftfahrzeuge werden in das beim schweizerischen Bundesamt für Zivilluftfahrt geführte liechtensteinische Luftfahrzeugregister aufgenommen und tragen schweizerische Immatrikulationszeichen. Sie werden jedoch nach den jeweiligen geltenden Vorschriften des schweizerischen Bundesamtes für Zivilluftfahrt mit dem liechtensteinischen Wappen versehen.
5. Wo die schweizerische Luftfahrtgesetzgebung den Abschluss von Haftpflichtversicherungen bei einer in der Schweiz für diesen Geschäftszweig zugelassenen Versicherungsunternehmung vorschreibt, gilt diese Bedingung auch für die Anwendung der schweizerischen Luftfahrtgesetzgebung im Fürstentum Liechtenstein.
6. Die zuständigen eidgenössischen Behörden sind ermächtigt, in allen Fragen der Anwendung der schweizerischen Luftfahrtgesetzgebung direkt mit der fürstlichen Regierung oder für polizeiliche Angelegenheiten von untergeordneter Bedeutung direkt mit der Landespolizei des Fürstentums Liechtenstein zu verkehren.

III.

Die Schweiz führt im Auftrag des Fürstentums Liechtenstein Verwaltungsaufgaben durch, die sich aus der Teilnahme des Fürstentums Liechtenstein am Europäischen Wirtschaftsraum ergeben. Die Einzelheiten werden in entsprechenden Verwaltungsvereinbarungen zwischen den zuständigen schweizerischen und liechtensteinischen Behörden geregelt.

IV.

Der Notenaustausch zwischen der Schweiz und Liechtenstein zur Regelung des Überfluges liechtensteinischen Gebietes durch Militär- und andere Staatsluftfahrzeuge vom 1./9. Mai 2000 bleibt ungeachtet des Ausserkrafttretens des Notenaustausches vom 25. Januar 1950 weiterhin in Kraft.

Falls die Regierung des Fürstentums Liechtenstein dem Vorstehenden zustimmt, bilden die vorliegende Note sowie die Antwortnote des Fürstentums Liechtenstein eine Vereinbarung zwischen der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein, welche mit der Antwortnote des Fürstentums Liechtenstein in Kraft tritt. Änderungen können im gegenseitigen Einverständnis jederzeit vereinbart werden.

Sie kann von jeder Vertragspartei jederzeit auf ein Jahr gekündigt werden.

Das Eidgenössische Departement für auswärtige Angelegenheiten benützt auch diesen Anlass, um die Botschaft des Fürstentums Liechtenstein seiner ausgezeichneten Hochachtung zu versichern."

Die Botschaft beehrt sich, dem Eidgenössischen Departement für auswärtige Angelegenheiten das Einverständnis der zuständigen liechtensteinischen Behörden mit der vorstehenden Note bekannt zu geben. Die Note des Departements und die vorliegende Antwortnote bilden eine Vereinbarung zwischen der Schweiz und dem Fürstentum Liechtenstein, welche am 27. Januar 2003 in Kraft tritt.

Bern, den 27. Januar 2003

Anlage I zur Vereinbarung betreffend die Zusammenarbeit im Bereich der Zivilluftfahrt

Erstellt auf den 30. April 2002

SR Nr.	Erlass	BS/AS	
170.32	Bundesgesetz vom 14. März 1958 über die Verantwortlichkeit des Bundes sowie seiner Behördemitglieder und Beamten (Verantwortlichkeitsgesetz)	1958	1413
		1973	925
		1984	778
		1987	932
		1992	288
		1992	581
		1993	901
		1996	2868
		1997	2452
		2000	273
2000	2719		
170.321	Verordnung vom 30. Dezember 1958 zum Verantwortlichkeitsgesetz	1958	1421
		1986	354
		1993	901
		2000	2847
		2001	2197

172.021	Bundesgesetz vom 20. Dezember 1968 über das Verwaltungsverfahren <i>anwendbar</i> in Bezug auf Verfahren im Rahmen der eidgenössischen Bestim- mungen, die gemäss Luftfahrtvertrag im Fürstentum Liechtenstein anwendbar sind	1969	737
		1972	2435
		1973	644
		1977	1997
		1978	391
		1978	1836
		1979	114
		1979	679
		1987	932
		1990	1882
		1992	288
		1992	601
		1993	879
		1994	1634
		1995	1227
		1995	4093
		1996	546
1997	2022		
1998	3033		
2000	273		
2000	416		
2001	118		
2001	894		
172.041.0	Verordnung vom 10. September 1969 über Kosten und Entschädigungen im Verwaltungsverfahren <i>anwendbar</i> in Bezug auf Verfahren im Rahmen der eidgenössischen Bestim- mungen, die gemäss Luftfahrtvertrag im Fürstentum Liechtenstein anwendbar sind	1969	760
		1978	2053
		1985	1697
		1993	879

173.110	Bundesgesetz vom 16. Dezember 1943 über die Organisation der Bundesrechts- pflege (Bundesrechtspflegegesetz, OG)	3	531
		1948	485
		1959	902
		1969	767
		1977	862
	<i>anwendbar</i> in Bezug auf Verfahren im Rahmen der eidgenössischen Bestim- mungen, die gemäss Luftfahrtvertrag im Fürstentum Liechtenstein anwendbar sind, sind Art. 1-40, 97-120, 136-163 und 170	1977	1323
		1978	688
		1978	1450
		1979	42
		1980	1718
		1980	1819
		1981	821
		1983	1895
		1986	926
		1987	226
		1987	932
		1987	1665
		1990	938
		1992	288
		1993	274
		1993	1945
		1994	3010
		1995	1227
		1995	4093
		1995	5061
		1996	508
		1996	750
		1996	1445
		1996	1498
		1997	1155
		1997	2465
		1998	2847
		1998	3033
		1999	3071
		2000	273
		2000	416
		2000	505
		2000	2355
		2000	2719

		2001	114
		2001	894
		2001	1029
173.110.0	Verordnung vom 15. Januar 1992 über die teilweise Inkraftsetzung der Änderung des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege	1992	337
		1992	2350
173.110.01	Verordnung vom 3. Februar 1993 über die vollständige Inkraftsetzung der Änderung des Bundesgesetzes über die Organisation der Bundesrechtspflege	1993	877
		1993	2078
311.0	Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937	3	203
		1951	1
	a. Erstes Buch (Allgemeine Bestimmungen):	1971	777
		1971	807
	<i>anwendbar</i> sind Art. 1-110 in Bezug auf Delikte, die gemäss Luftfahrtvertrag nach schweizerischem Recht zu beurteilen sind, soweit nicht anwendbare Einzelerlasse selbst allgemeine Bestimmungen enthalten	1973	1840
		1982	846
		1983	543
		1989	2449
		1991	2512
		1992	1670
		1992	2465
	b. Drittes Buch (Einführung und Anwendung des Gesetzes)	1994	1614
		1994	2290
	<i>anwendbar</i> ist	2000	1121
	- Elfter Titel (Ergänzende und Schlussbestimmungen): Art. 401 Abs. 1		

312.0	Bundesgesetz vom 15. Juni 1934 über die Bundesstrafrechtspflege	3	303
		1959	902
	<i>anwendbar</i> in Bezug auf Widerhandlungen gegen eidgenössische Bestimmungen, die gemäss Luftfahrtvertrag im Fürstentum Liechtenstein anwendbar sind, sind Art. 1, 2, 7-18, 22-141, 146-181, 210-278bis, 331-334, 340, 341 und 344	1965	905
		1971	777
		1974	1857
		1979	1170
		1992	288
		1992	581
		1992	2465
		1993	1993
		1997	2465
		2000	505
		2000	2719
		2000	2725
		2001	118
		2001	3096
		2001	3308
313.0	Bundesgesetz vom 22. März 1974 über das Verwaltungsstrafrecht (VStrR)	1974	1857
		1994	2290
		1997	2465
		2000	2141
		2001	3308
313.32	Verordnung vom 25. November 1974 über Kosten und Entschädigungen im Verwaltungsstrafverfahren	1974	1939
		1987	716
631.254.1	Luftzollordnung vom 7. Juli 1950	1950	623
		1951	968
		1961	326
		1990	1645
		1998	1533

748.0	Bundesgesetz vom 21. Dezember 1948 über die Luftfahrt (Luftfahrtgesetz, LFG) <i>anwendbar</i> mit Ausnahme von Art. 40b, 41 Abs. 2, 44 und 50	1950	471
		1960	357
		1964	325
		1973	1738
		1974	1857
		1977	2110
		1985	660
		1991	362
		1994	733
		1994	3010
		1997	2465
		1998	2566
		1999	3071
2001	1678		
748.01	Verordnung vom 14. November 1973 über die Luftfahrt (Luftfahrtverordnung, LFV)	1973	1856
		1974	448
		1976	1921
		1980	1568
		1982	2277
		1984	318
		1988	534
		1990	1719
		1994	735
		1994	3028
		1996	1536
1998	2570		
2000	291		
2001	1067		
748.111.1	Verordnung vom 17. Oktober 1984 über die Wahrung der Lufthoheit	1984	1195
		1997	814
		2001	509
748.111.11	Verordnung des EVED vom 8. Novem- ber 1989 über die Wahrung der Luftho- heit bei nicht eingeschränktem Luftver- kehr	1989	2360
		2001	511

748.112.11	Verordnung vom 25. September 1989 über die Gebühren des Bundesamtes für Zivilluftfahrt (VGZ)	1989 2216 1993 2749 1995 5219 1997 2779
748.112.3	Verordnung vom 5. Juni 1950 über die Luftfahrtkommission	1950 548 1997 204
748.121.11	Verordnung des UVEK vom 4. Mai 1981 über die Verkehrsregeln für Luftfahrzeuge (VVR)	1981 1066 1985 1908 1989 560 1992 548 1993 1377 1994 3076 1997 905 1998 2862 2001 511
748.122	Verordnung des EVED vom 31. März 1993 über Sicherheitsmassnahmen im Luftverkehr (VSL)	1993 1382 1999 2458
748.126.1	Verordnung vom 7. November 2001 über den Such- und Rettungsdienst der zivilen Luftfahrt (VSRL)	2001 3092
748.126.11	Verordnung des Bundesamtes für Zivilluftfahrt 17. März 1955 über die Organisation und den Einsatz des Such- und Rettungsdienstes der zivilen Luftfahrt (VSR)	1955 424 1981 1736 1996 767 2001 3094
748.126.3	Verordnung vom 23. November 1994 über die Untersuchung von Flugunfällen und schweren Vorfällen (VFU)	1994 3037 1999 2495

748.127.1	Verordnung des EVED vom 23. November 1973 über die Betriebsregeln im gewerbsmässigen Luftverkehr (VBR I)	1973 1975 1977 1985 1986 1992 1997	1919 2196 1458 1545 1252 1366 2268
748.127.2	Verordnung des UVEK vom 25. August 2000 über das Luftfahrzeug-Unterhaltungspersonal (VUP)	2000	2412
748.127.22	Verordnung des UVEK vom 25. August 2000 über das Lizenzwesen für Luftfahrzeug-Unterhaltungspersonal (VJAR-66)	2000	2407
748.127.23	Verordnung des UVEK vom 25. August 2000 über Ausbildungsbetriebe für Luftfahrzeug-Unterhaltungspersonal (VJAR-147)	2000	2424
748.127.3	Verordnung des EVED vom 20. Oktober 1995 über die Luftfahrzeug-Unterhaltungsbetriebe (VJAR-145)	1995 2000	4892 2407
748.127.5	Verordnung des EVED vom 5. Februar 1988 über die Herstellerbetriebe von Luftfahrzeugen (VHL)	1988 1995	541 4897
748.127.8	Verordnung des EVED vom 8. September 1997 über den Betrieb von Flugzeugen im gewerbsmässigen Lufttransport (VJAR-OPS 1)	1997	2268
748.128	Verordnung des EVED vom 11. August 1993 über die Abgrenzung des Linienverkehrs vom übrigen gewerbsmässigen Luftverkehr	1993	2417

748.131.1	Verordnung vom 23. November 1994 über die Infrastruktur der Luftfahrt (VIL)	1994 3050 2000 703 2000 1388
748.132.1	Verordnung vom 18. Dezember 1995 über den Flugsicherungsdienst (VFSD)	1996 595 1999 1722 2001 514 2001 1498
748.132.13	Verordnung des UVEK vom 26. Mai 1999 über den zivilen Flugwetterdienst	1999 1814
748.215.1	Verordnung des EVED vom 18. September 1995 über die Lufttüchtigkeit von Luftfahrzeugen (VLL)	1995 4897 1997 2443 2000 2407
748.215.2	Prüfordnung des Eidgenössischen Luftamtes vom 15. April 1970 für Luftfahrzeuge	1970 587 1994 3074
748.215.3	Verordnung des EVED vom 10. Januar 1996 über die Emissionen von Luftfahrzeugen (VEL)	1996 653 2000 1659
748.216.1	Verordnung des Bundesamtes für Zivilluftfahrt vom 6. September 1984 über die Kennzeichen der Luftfahrzeuge (VKZ)	1984 1179 1993 976 1993 1790 1994 3076 2000 2488
748.217.1	Bundesgesetz vom 7. Oktober 1959 über das Luftfahrzeugbuch	1960 1245 1974 1857 1995 1227
748.217.11	Vollziehungsverordnung vom 2. September 1960 zum Bundesgesetz über das Luftfahrzeugbuch	1960 1257 1983 1526

748.221.11	Verordnung vom 22. November 1972 über die Schweizerische Luftverkehrsschule	1972 1980 1982	2746 73 1789
748.222.1	Reglement des EVED vom 25. März 1975 über die Ausweise für Flugpersonal (RFP) <i>anwendbar</i> mit Ausnahme der Bestimmungen über Militärflieger und Militärfluglehrer	1975 1977 1980 1985 1991 1994 1996 1997 1999 2000	715 733 1963 1908 1305 303 3066 1393 1449 1435
748.222.2	Verordnung des UVEK vom 14. April 1999 über die JAR-FCL-Lizenzen zum Führen von Flugzeugen und Hubschraubern (VJAR-FCL)	1999 2000	1449 23
748.222.3	Verordnung des EVED vom 30. November 1995 über die Ausweise für das Personal der Flugsicherung (VAPF)	1995	5483
748.222.5	Verordnung des EVED vom 18. Dezember 1975 über den fliegerärztlichen Dienst der Zivilluftfahrt (VFD)	1976 1988	79 1928
748.225.1	Verordnung vom 22. Januar 1960 über die Rechte und Pflichten des Kommandanten eines Luftfahrzeuges	1960 1980	81 1141
748.411	Lufttransportreglement vom 3. Oktober 1952 (LTrR)	1952 1952 1953 1963 1963 1994 1997	1059 1060 25 677 679 3028 2779

748.941	Verordnung des EVED vom 24. November 1994 über Luftfahrzeuge besonderer Kategorien (VLK)	1994	3076
		2001	1392
	<i>anwendbar</i> mit Ausnahme der Art. 9 Bst. b, 15 Bst. b, 16 Bst. b und 17 Bst. a, soweit in diesen von militärischen Flugdienstzeiten und/oder militärischem Flugplatz die Rede ist		

Anlage II

zur Vereinbarung betreffend die Zusammenarbeit im Bereich der Zivilluftfahrt

Erstellt auf den 30. April 2002

SR Nr.	Erlass	BS/AS
0.631.254.163	Abkommen vom 13. April 1976 zwischen dem Schweizerischen Bundesrat und der Republik Österreich über die Grenzabfertigung von Segelflugzeugen und Freiballonen im grenzüberschreitenden Luftverkehr	1976 1850
0.748.0	Übereinkommen vom 7. Dezember 1944 über die internationale Zivilluftfahrt <i>anwendbar</i> sind die Art. 1-42 und die technischen Anhänge	1971 1305 1973 1616 1975 1552 1976 496 1977 1299 1978 190 1980 418 1981 1438 1985 771 1987 1073 1989 859 1990 1566 1999 2691 1999 2692

0.748.01	Protokoll vom 24. September 1968 betreffend den authentischen dreisprachigen Wortlaut des Übereinkommens über die internationale Zivilluftfahrt (Chicago, 1944)	1971	1301
		1973	1620
		1976	495
		1977	1300
		1978	191
		1981	1439
		1985	772
		1987	1074
0.748.112.12	Mehrseitige Vereinbarung vom 12. Februar 1981 über Flugsicherungs-Streckengebühren (mit Beilagen)	1986	1588
		1986	1651
		1987	1157
		1988	578
		1989	469
		1990	1871
		1993	3440
		1994	1802
		1995	473
		1996	53
0.748.213.11	Übereinkommen vom 22. April 1960 über Lufttüchtigkeitsausweise eingeführter Luftfahrzeuge	1961	912
		1972	1587